

Shlomo Shafir

---

## **Deutsche und Juden: Von der Pogromnacht bis zur Gegenwart**

---

Dr. Shlomo Shafir (früher: Selimar Frenkel), geb. 1924 in Berlin, 1941 bis 1945 Ghetto Kowno und KZ Dachau, lebt seit Anfang 1948 in Israel. Er ist Zeithistoriker (MA Hebr. Universität Jerusalem, Ph. D. Georgetown University, Washington, D.C.) und Journalist (außenpolitischer Redakteur bei „Davar“, Redakteur der Halbjahresschrift „Gesher“). Er hat das Buch „Eine ausgestreckte Hand. Deutsche Sozialdemokraten, Juden und Israel, 1945 -1967“ geschrieben.

Die Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 war ein Markstein in der Geschichte des deutschen und des europäischen Judentums. Sie war die nachhaltigste Warnung für die große Mehrheit der deutschen Juden, die im sechsten Jahr nach der nationalsozialistischen Machtübernahme noch im deutschen Reich verborgen war. Der Pogrom und alle seine Folgen, die zeitweilige Verschleppung von Zehntausenden in Konzentrationslager, die „Sühneleistung“, die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und ihre Absonderung von der deutschen Gesellschaft kamen am Ende eines schicksalhaften Jahres, das mit der rabiaten Judenverfolgung in Wien nach dem Anschluß begonnen hatte, das im Herbst als Resultat des Münchener Abkommens auch die bis dahin als sicher betrachtete Existenz der Juden in der Tschechoslowakei gefährdete und das bald danach mit der Abschiebung von ca. 15 000 Ostjuden polnischer Staatsbürgerschaft - die seit vielen Jahren in Deutschland gelebt hatten - seinen Verlauf nahm.

Der Racheakt des 17jährigen Herschel Grünspan in Paris diente den Nazis als Anlaß für das grausige Geschehen, das viele Deutsche unmittelbar wahrnehmen konnten. So einen landesweiten Pogrom, solch eine organisierte Zerstörungsaktion jüdischer Synagogen und Geschäfte hatte es in Europa bis

dahin noch nicht gegeben.<sup>1</sup> Weniger als drei Monate später, am 30. Januar 1939, erklang Adolf Hitlers düstere Prophezeiung, daß das Ergebnis eines neuen Weltkriegs die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa sein würde.

### Die Reaktion der Juden

Die Ereignisse der Pogromnacht und die darauf folgenden Maßnahmen der deutschen Behörden bereiteten den bis dahin noch immer gehegten Illusionen vieler deutscher Juden auf ein trotz Diskriminierung und antijüdischer Haßpropaganda mehr oder weniger geordnetes Überleben unter dem Naziregime ein jähes Ende. Die große Mehrheit der Juden war nun überzeugt, sich nur durch Auswanderung retten zu können; die Frage war, mit welchen Mitteln und wohin. Auch in den jüdischen Gemeinden der europäischen Nachbarstaaten sowie in den Vereinigten Staaten wurde das Alarmsignal nicht überhört, wenn auch kaum jemand - trotz aller Hinweise auf die bevorstehende Katastrophe - den Mord an Millionen Juden durch deutsche Hand voraussehen konnte.

Im Grunde genommen hatten Juden im freien Ausland die von den Nazis ausgehende Gefahr für die jüdische Existenz früher realisiert als ihre Glaubensgenossen in Deutschland. Schon während der ersten Jahre des „Dritten Reiches“ hatten jüdische Organisationen in Amerika und in einigen europäischen Ländern auf die nationalsozialistische Herausforderung mit dem Boykott deutscher Erzeugnisse reagiert, dem trotz seiner begrenzten wirtschaftlichen Auswirkungen eine moralische Bedeutung zukam. Im Zeichen der Abwehr und Bekämpfung des Nationalsozialismus und des Antisemitismus wurde 1936 in Genf der Jüdische Weltkongreß gegründet, der allerdings sein Ziel, eine starke weltumfassende Organisation zu sein, nicht erreichte, weil eine Reihe einflußreicher jüdischer Gruppen fernblieben. Die Zionistische Weltorganisation, die sich auf den Aufbau des jüdischen Nationalheims in Palästina konzentrierte, agierte eine Zeit lang vorsichtiger, um durch das Haavara-Abkommen die Rettung eines Teils des jüdischen Vermögens in Deutschland zu ermöglichen und die Einwanderung (Alijah) von vielen Tausenden zu erleichtern. Doch ungeachtet bestimmter Meinungsverschiedenheiten im zionistischen Lager sowie zwischen den aktivistischen Anhängern des Boykotts und seinen Gegnern, ungeachtet öffentlicher jüdischer Proteste einerseits und der Befürwortung informeller diplomatischer Fürsprache und Zusammenarbeit mit breiteren Koalitionen liberaler Gruppen andererseits, waren sich alle jüdischen Organisationen der immer größer werdenden Bedrohung der jüdischen Existenz durch den Nationalsozialismus bewußt. Diese Erkenntnis trug zur Vertiefung der Kluft zwischen Juden und Deutschen bei.<sup>2</sup>

---

1 Siehe: Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, hrsg. von Walter H. Pehle, Frankfurt/M. 1988. Vgl. auch die erste ausführliche Darstellung von Lionel Kochan. Pogrom, London 1957.

2 Für den Standpunkt des Jüdischen Weltkongresses siehe: Nahum Goldmann, Mein Leben als „deutscher Jude“, München 1980, S. 225-281; für den entgegengesetzten des American Jewish Committee: Naomi W. Cohen, Not Free to Desist: The American Jewish Committee 1906-1966, Philadelphia 1972, S. 154-192. Eine ausführliche Studie über den Antinazi-Boykott schrieb Moshe R. Gottlieb, American Anti-Nazi Resistance 1933-1941, New York 1982. Vgl. auch Nathan Feinberg, „The Activities of Central Jewish Organizations following Hitler's Rise to Power“, in: Yad Vashem Studies, I (1957).

### Das Dilemma der Westmächte

Das Erkennen der NS-Gefahr, die nochmals durch den Novemberpogrom demonstriert wurde, stand aber leider in keinem Verhältnis zu den realen Möglichkeiten, Hilfe zu leisten. In Großbritannien und Frankreich waren den repräsentativen jüdischen Organisationen durch die Beschwichtigungspolitik beider Regierungen zum Teil die Hände gebunden; dies im Gegensatz zur Überzeugung des deutschen Regimes, daß es nach München mit den Juden in seinem Machtbereich machen könne, was es wolle.

Der amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt war der einzige Staatschef, der auf den Pogrom mit der zeitweiligen Abberufung des Botschafters aus Berlin reagierte. Der damalige Botschafter war Hugh Wilson, der zu den Anhängern der westlichen Befriedungspolitik zählte. Doch dieser Beschluß Roosevelts war mehr auf seine wiederholten Bemühungen, die zum großen Teil noch isolationistische amerikanische öffentliche Meinung von der Gefahr Hitlerdeutschlands zu überzeugen, zurückzuführen als auf jüdische Forderungen, und es ist möglich, daß Wilson im Frühjahr 1939 nach Berlin zurückgekehrt wäre, wenn Hitler nicht Prag besetzt hätte.<sup>3</sup> Auch in den folgenden Jahren zog Roosevelt es vor, seine interventionistische Politik von jeder direkten Verbindung mit jüdischen Interessen fernzuhalten. Die amerikanischen Juden, zu deren politischem und gesellschaftlichem Fortschritt er viel beigetragen hatte, waren ihm sowieso zu Dank verpflichtet und unterstützten selbstverständlich seine Antinazipolitik und die moralische Verurteilung der Aggressormächte. Der Präsident befürchtete seinerseits, daß jeder besondere Einsatz für die Juden ihm innen- und außenpolitisch schaden könnte. Der Antisemitismus gewann nämlich in den dreißiger Jahren nicht nur in Ost- und Mitteleuropa sondern auch in den westlichen Ländern, insbesondere in den USA, an Boden. Nicht umsonst erhofften die nationalsozialistischen Machthaber, diesem Erstarren des Antisemitismus durch einen großen jüdischen Auswandererstrom Vorschub zu leisten.<sup>4</sup>

Überdies hatte der Teilungsplan der britischen Peel-Kommission auch die zionistische Bewegung in eine Krise gestürzt. Der Plan sah nämlich die Etablierung eines jüdischen Staates nur in einem kleinen Teil Palästinas vor. Noch bevor sich aber die leitenden Organe der zionistischen Organisation zu einer klaren Stellungnahme durchringen konnten, hatte Großbritannien den Plan, der von arabischer Seite abgelehnt wurde, fallen gelassen.

<sup>3</sup> Siehe Shlomo Shafir, *American Diplomats in Berlin (1933-1939) and their Attitude to the Nazi Persecution of the Jews*, in: *Yad Vashem Studies*, IX (1973), insbesondere S. 92-99.

<sup>4</sup> Über den Standpunkt der amerikanischen Administration vor und während des Holocaust: David S. Wyman, *Paper Walls: America and the Refugee Crisis 1938-1941*, Amherst 1968 und *The Abandonment of the Jews*, New York 1984; Henry L. Feingold, *The Politics of Rescue: The Roosevelt Administration and the Holocaust*, New Brunswick 1970; Saul S. Friedman, *No Haven for the Oppressed: United States Policy toward Jewish Refugees 1938-1945*, Detroit 1973; und zuletzt, Richard Breitman und Alan M. Kraut, *American Refugee Policy and European Jewry 1933-1945*, Bloomington 1987. Das Rundschreiben des Auswärtigen Amtes in bezug auf Förderung des Antisemitismus wurde am 25. 1. 1939 an alle deutschen diplomatischen Vertretungen versandt. (US Department of State, *Documents on German Foreign Policy, 1918-1945*, D, V, S. 926-933.)

Schon vor dem Münchener Abkommen und noch mehr nach der darauf folgenden Ernüchterung befürchtete London, daß die britische Position im Mittelmeer und im Nahen Osten durch eine Kooperation der Araber mit der Achse Berlin-Rom geschwächt werden könnte; trotz der militärischen Unterdrückung des arabischen Aufstands in Palästina wurde die Einwanderungsquote für Juden drastisch reduziert, obwohl die Juden keine Alternative hatten; und mit dem Rückzug von der Balfour-Deklaration und dem jüdischen Nationalheim wurde mit den Vorbereitungen für die Selbstbestimmung der arabischen Mehrheit begonnen.<sup>5</sup>

Die im Teilungsplan der Peel-Kommission vorgesehene Möglichkeit, einen zwar sehr kleinen, aber doch selbständigen jüdischen Staat zu etablieren, alarmierte allerdings das „Referat Deutschland“ des Auswärtigen Amtes in Berlin, das befürchtete, daß so ein Staat das feindliche „Weltjudentum“ sehr stärken würde.<sup>6</sup> Diese Stellungnahme wurde vom damaligen Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath gutgeheißen.

### Auswanderung und ihre Hürden

Angesichts der Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen im deutschen Herrschaftsbereich wurde 1938 die Auswanderung zum zentralen Punkt der jüdischen Tagesordnung. Die Schwierigkeiten waren dabei größer denn je. Die Einwanderung nach Palästina, das von 1933 bis 1936 ca. 40 000 Juden aus Deutschland aufgenommen hatte, war - wie schon erwähnt - von den Briten gedrosselt worden. Wegen des verbreiteten einwanderungsfeindlichen Klimas in den USA erschwerten administrative Praktiken der dem State Department unterstehenden Konsulate die volle Nutzung der Quote für Deutschland; Schützenhilfe lieferten dabei restriktionistische und antisemitische Lobbies in beiden Häusern des amerikanischen Kongresses. Andere überseeische Einwanderungsländer waren noch weniger geneigt, den verfolgten Juden Asyl zu gewähren. Die von Präsident Roosevelt aus humanitären Erwägungen im Sommer 1938 in Evian einberufene Flüchtlingskonferenz entpuppte sich als Fehlschlag und diente der frohlockenden NS-Propaganda als Beweis, daß auch in den demokratischen Ländern des Westens jüdische Einwanderer nicht erwünscht seien.<sup>7</sup>

Das in Evian geschaffene „Zwischenstaatliche Komitee für politische Flüchtlinge“ (ein Euphemismus für Juden), dem zuerst der Amerikaner George Rublee vorstand, bemühte sich bis zum Kriegsausbruch und darüber hinaus um Auswanderungsmöglichkeiten für Juden aus Deutschland, doch

<sup>5</sup> Siehe Bernard Wasserstein, *Britain and the Jews of Europe 1939-1945*, London 1979, S. 12-28.

<sup>6</sup> Im Gegensatz zu anderen Dienststellen sah das nationalsozialistische Referat Deutschland keine Lösung des Judenproblems durch Auswanderung und versuchte, dem Haavara (Transfer-) Abkommen ein Ende zu bereiten. In bezug auf das Abkommen und die Auswanderung nach Palästina konnte sich dieses Referat nicht durchsetzen, aber seine totale Negierung eines jüdischen Staates wurde vom damaligen Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath akzeptiert. Am ausführlichsten bei Eliahu Ben Elissar, *La Diplomatie du m. Reich et Les Juifs (1933-1939)*, Paris 1969, S. 185-227.

<sup>7</sup> Siehe Feingold, *Politics*, S. 22-37.

konnte es auch bei den auf den Pogrom folgenden direkten Verhandlungen mit deutschen Stellen (zuerst mit Hjalmar Schacht und dann mit Helmuth Wohlthat) nicht die finanziellen und politischen Schwierigkeiten überbrücken, da auch keine passenden Einwanderungsprojekte bereitstanden. Der erste Vorschlag Schachts, der den Verzicht auf den zwar nicht besonders wirksamen Antinazi-Boykott und jüdische Mithilfe zur Steigerung der deutschen Ausfuhr voraussetzte, traf auf energischen Widerstand der jüdischen Organisationen sowie der westlichen Regierungen - wenn auch aus verschiedenen Gründen. Aber auch die zweite Version, die auf diese Forderungen verzichtete und statt dessen vorschlug, die Auswanderung von 150 000 Juden mit Hilfe eines Trustfonds im Werte eines Viertels des jüdischen Vermögens in Deutschland zu finanzieren, der durch einen großen jüdischen Auswanderungsfonds im Ausland ergänzt werden sollte, kam nie der Verwirklichung nahe. Die SS begnügte sich sowieso nicht mit den halbherzigen Verhandlungen Wohlthats mit Rublee und seinen Nachfolgern, sondern setzte sich für die konzentrierte und beschleunigte Zwangsauswanderung ein.<sup>8</sup>

Ein Teil der Auswanderer fand seinen Weg mit der „illegalen“ Alijah nach Palästina - ungefähr 40 000 wurden von England aufgenommen. Bis zum Kriegsausbruch im September 1939 wurde auch die amerikanische Quote für Einwanderer von Deutschland und Österreich ausgeschöpft, und dazu kamen noch die auf Anordnung von Roosevelt nach der Pogromnacht verlängerten Besuchervisa. Viele Tausende, die in den Nachbarstaaten auf dem europäischen Kontinent Zuflucht gefunden hatten, fielen nach Einmarsch der deutschen Truppen ihren Verfolgern dann doch wieder in die Hände.

#### Solidarität mit dem Westen

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, als nicht nur nahezu 100 000 deutsche Juden im Felde standen, sondern als auch viele Juden in Osteuropa die Erfolge der deutschen Truppen mit Sympathie verfolgten - denn für viele von ihnen war seit dem 19. Jahrhundert Europa gleichbedeutend mit deutscher Kultur -, war die Solidarität der Juden mit den Westmächten in ihrer Konfrontation mit Nazideutschland im voraus entschieden. Die von Chaim Weizmann, dem Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, in einem Brief an Neville Chamberlain noch wenige Tage vor Kriegsausbruch abgegebene Versicherung, „daß wir Juden auf der Seite Großbritanniens stehen und auf der Seite der Demokratien kämpfen wollen“<sup>9</sup> - ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten mit der Mandatsmacht - war im siebenten Jahr des Kampfs des NS-Regimes gegen die Juden in Deutschland und in aller Welt selbstverständlich, obgleich Weizmann und andere führende jüdische Persönlichkeiten sich der großen Gefahr des Krieges für die Juden Europas bewußt waren - eine Befürchtung, die sich umgehend mit der Besetzung Polens erfüllte.

<sup>8</sup> Ebda, S. 45-64. Kurz auch bei Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 226-229.

<sup>9</sup> Siehe Barnet Litvinoff, Weizmann: Last of the Patriarchs, London 1976, S. 208-209.

Wie weit antisemitische deutsche Eliten der nationalsozialistischen Indoktrination in bezug auf die jüdische Bedrohung beipflichteten, ist zum Beispiel aus den Briefen des von Hitler im Februar 1938 entlassenen Chefs der Heeresleitung, des vor Warschau gefallenen Generaloberst Werner von Fritsch zu ersehen, der noch im Winter 1938/39 die ihm befreundete Baronin Margot von Schutzbar warnte, man müsse sich eben über die Schwere des Kampfes gegen die Juden klar sein.<sup>10</sup> Einige Jahre später, zu Beginn der „Endlösung“ und nach Ausbruch des deutsch-russischen Krieges, befürworteten Generäle der Wehrmacht - obschon unter dem Eindruck der stattfindenden Exekutionen - die Sterilisierung aller männlichen Juden als quasi-humanere Alternative zum Massenmord an Unschuldigen.<sup>11</sup>

Noch vor kurzem sah der Berliner Historiker Ernst Nolte in Weizmanns Stellungnahme eine Kriegserklärung der Juden an Deutschland, die Hitler berechtigte, die Juden zwar nicht umzubringen, aber doch zu deportieren.

### Der Widerstand und die Juden

Der nationalkonservative Widerstand gegen Hitler und selbst der Freiburger Kreis von Universitätsprofessoren und Theologen der Bekennenden Kirche, der sich in den Kriegsjahren formierte, überwand nie antisemitische Grundeinstellungen, die zum Teil noch durch die nationalsozialistische Rassenpolitik verstärkt worden waren, obwohl sie den Massenmord an den Juden durch das Regime aus moralischen und zum Teil aus außenpolitischen Motiven verurteilten.<sup>12</sup>

Ganz anders war die Situation auf der Linken. Sozialdemokratische Politiker und Gewerkschafter, Linksozialisten und Kommunisten waren nach dem 30. Januar 1933 die ersten Opfer der Gewaltherrschaft. In linken Widerstandsgruppen wirkten während der dreißiger Jahre eine Reihe von Aktivisten jüdischer Herkunft mit, Sozialisten und Gewerkschafter jüdischer Herkunft waren im Exil in Prag, Paris, London und New York führend vertreten. Hunderte deutscher Juden beteiligten sich im spanischen Bürgerkrieg zusammen mit Tausenden von Juden aus der ganzen Welt. In Berlin gab es sogar bis 1942 die jüdisch kommunistische Widerstandsgruppe von Herbert Baum.

Die Deutschlandberichte der SOPADE berichteten eingehend und mit Nachdruck über die Entrechtung und Verfolgung der Juden. Im Gegensatz zur rechten Opposition im Reich, die auf der Suche nach einem akzeptablen „Judenprogramm“ war, wurde auf der Linken die sofortige Wiederherstel-

---

10 Zitiert nach: Nazi Conspiracy and Aggression (N.D. 1947 -PS), S. 585, in: William L. Shirer, *The Rise and Fall of the Third Reich*, New York 1960, S. 355.

11 Siehe das Kapitel über das Verhältnis zwischen Heer und Einsatzgruppen in: Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942*, Stuttgart 1981, S. 207-208.

12 Siehe Christof Dipper, *Der Widerstand und die Juden*, in: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*. Hrsg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach, München 1986, S. 598-616.

lung der vollen Gleichberechtigung der überlebenden Juden nach Beseitigung des Naziregimes nie in Frage gestellt.<sup>13</sup>

Trotz des immer schärferen Gegensatzes zwischen Juden und Deutschen, deren große Mehrheit Hitlers Kampf gegen den „jüdischen Erzfeind“ unterstützte, gab es während des Krieges auch Beispiele von jüdischer Solidarität mit deutschen Nazigegnern. Ein Beispiel dafür ist die andauernde Hilfe, die das amerikanische Jewish Labor Committee verfolgten und exilierten deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaften angedeihen ließ.<sup>14</sup> Doch waren dies Ausnahmen. Als Resultat des bestialischen, planmäßig organisierten Massenmords von Millionen jüdischer Männer, Frauen und Kinder vertiefte sich der Graben zwischen beiden Völkern. Der aktive und passive Widerstand in den Ghettos, im Untergrund und in der Partisanenbewegung war natürlich ausgesprochen antideutsch.<sup>15</sup> Hunderttausende jüdischer Soldaten kämpften in den Armeen der Alliierten gegen die deutsche Wehrmacht, die ja auch den SS-Staat, Auschwitz und Dachau verteidigte. In Palästina legte die zionistische Bewegung großen Wert auf den freiwilligen Beitrag von vielen Tausenden zu den britischen Streitkräften, auf die Gründung einer besonderen jüdischen Brigade und auf ihren Fronteinsatz - eine Forderung, die erst 1944 erfüllt wurde.<sup>16</sup>

In Amerika hatte Anfang 1944 der Finanzminister Präsident Roosevelt, Henry Morgenthau Jr., der Enkel einer aus Mannheim eingewanderten jüdischen Familie, die in der neuen Heimat zu Besitz und Einfluß gelangt war, den Präsidenten von der Notwendigkeit überzeugt, eine besondere Behörde zur Rettung noch überlebender Juden (War Refugee Board) einzurichten. Angesichts der bevorstehenden Niederlage des Nazireichs war für Roosevelt diese Rettungsaktion für Juden politisch nicht mehr irritierend.<sup>17</sup>

Wenige Monate später setzte sich Morgenthau als Reaktion auf den deutschen Angriffskrieg und den Holocaust für die „Pastoralisierung“ und Entindustrialisierung eines zwei- oder dreigeteilten Deutschlands ein.<sup>18</sup> Dieser sogenannte Morgenthau-Plan entsprang keiner organisierten jüdischen Initiative, obwohl er von vielen jüdischen und auch anderen Bürgern Amerikas gutgeheißen wurde, und wurde bald zurückgezogen. Er trug aber zu weiteren anti-

---

13 Ich habe dieses Thema im ersten Kapitel meiner im Hebräischen erschienenen Monographie behandelt: Eine ausgestreckte Hand: Deutsche Sozialdemokraten, Juden und Israel 1945-1967, Tel-Aviv 1986. Über Verweigerung und Widerstand deutscher Juden siehe Konrad Kwiet und Helmut Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf und Existenz und Menschenwürde 1933-1945, Hamburg 1984.  
 14 Resümee in: Internationale Gewerkschaftssolidarität 1933. Hilfe der amerikanischen Gewerkschaften für ihre verfolgten deutschen Kollegen. Eine Dokumentation. Mit Geleitworten von Ernst Breit und Lane Kirkland. Düsseldorf 1984, S. 9-21. Ausführlicher bei Friedrich Stampfer, Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, hrsg. von Werner Link, Düsseldorf 1968.  
 15 Über den jüdischen Widerstand in Osteuropa siehe Reuben Ainsztein, Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastern Europe, London 1974. Vgl. auch Jewish Resistance during the Holocaust. Proceedings of the Conference on Manifestations of Jewish Resistance. (Yad Vashem April 7-11, 1968), Jerusalem 1971.  
 16 Siehe Yoav Gelber, Zionist Policy and the Fate of European Jewry, in: Yad Vashem Studies XXXIII (1979), S. 169-210.  
 17 Feingold, Politics, S. 239-247.  
 18 Voller Text in: Henry Morgenthau Jr., Germany is Our Problem, New York 1945.

jüdischen Ressentiments auf deutscher Seite bei. Der verfehlte Plan traf auch bei allen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen sowie allen anderen deutschen Exilgruppen auf sofortigen Widerspruch und wurde gleichfalls von jüdischen Sozialisten abgelehnt. Kritische Stimmen gab es auch in anderen Organisationen und von einflußreichen Persönlichkeiten.<sup>19</sup> Die pluralistische amerikanisch-jüdische Gemeinschaft ihrerseits, die leider fast nichts zur Rettung von Millionen dem Tode geweihten Glaubensgenossen beitragen konnte, und Juden in anderen alliierten Staaten erhoben noch während des Krieges Forderungen auf Reparationen, auf Rückerstattung des geraubten Vermögens und auf Bestrafung der Naziverbrecher. Nach Kriegsende bestanden sie auf Erfüllung dieser Forderungen. Das respektable American Jewish Committee, bei dem auch Sozialwissenschaftler und Politologen der Frankfurter Schule mitwirkten, maß neben der Bekämpfung des Antisemitismus und Rassismus der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft und ihrer Institutionen große Bedeutung bei.<sup>20</sup>

Dies war die Situation am Ende des Krieges in Europa, der nicht nur Millionen unmittelbar am Krieg Beteiligter, sondern auch sechs Millionen Juden und Millionen anderer Zivilisten im Osten und Südosten das Leben gekostet hatte. Im Gegensatz zu den überlebenden Juden und den politischen Gegnern des Naziregimes im Exil und in den Konzentrationslagern, die den 8. Mai als Tag der Befreiung feierten, wurde die Kapitulation von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die bis zum bitteren Ende durchgehalten hatte, kaum als Befreiung betrachtet, obwohl viele bei Beendigung der Feindseligkeiten aufatmeten. Das ausbleibende Schuldbekenntnis vieler Deutscher, auch nachdem ihnen das Massensterben der Juden in den Konzentrationslagern vor Augen geführt worden war, das Schweigen der Kirchen in bezug auf den Judenmord und dazu noch die antisemitischen Reaktionen auf die befreiten KZler und die aus dem Osten in die amerikanische Besatzungszone strömenden Displaced Persons ließ das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen in der frühen Nachkriegszeit als hoffnungslos zerstört erscheinen.<sup>21</sup>

19 Was soll mit Deutschland geschehen? Voraussetzungen für die Demokratie in Deutschland. Ostern 1945, Mit dem Gesicht nach Deutschland, S. 690-695. Manfred George, der Chefredakteur des „Aufbau“, kritisierte damals die Stellung der deutschen politischen Emigration in den USA, Aufbau, Bd. 11,23. 2.1945; Auch eine Ostererklärung, Aufbau, Bd. 11,6. 4.1945. Außer vom Jewish Labor Committee wurde der Morgenthau-Plan auch vom American Jewish Committee nicht gutgeheißen. Cohen, Not Free, S. 480. Auch der einflußreiche Felix Frankfurter, Richter am Obersten Gerichtshof in Washington, zählte zu den Gegnern der Vorschläge Morgenthaus.

20 Siehe z. B. das Memorandum von A.R.L. Gurland, der die Bekämpfung des Antisemitismus im Rahmen der Erziehung der Deutschen zur Demokratie befürwortete. American Jewish Committee Records, FAD I 42, YIVO, New York. Über die Zusammenarbeit zwischen dem AJC und den Wissenschaftlern des Horkheimerischen Institut für Sozialforschung im Exil siehe Rolf Wiggershaus, Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung, München 1986, S. 390-478.

21 Cohen, Not Free, S. 481-482. Rabbi Philip S. Bernstein, Final Report to the Secretary of the Army, 1947, zitiert in der M.A.-These von Thomas Philip Liebschutz. Rabbi Philip S. Bernstein and the Jewish Displaced Persons, Hebrew Union College, Cincinnati 1965. Auch Dr. Joachim Prinz, bis zu seiner Auswanderung Rabbiner in Berlin, der Deutschland im Sommer 1949 besuchte, war noch sehr pessimistisch. Bericht vom 22. 7.1949, Heidelberg, World Jewish Congress Records, Germany, und Resümee des Berichts für die Sitzung der Exekutive des Jüdischen Weltkongresses, 18. 10.1949, 3 A/3, American Jewish Archives, Cincinnati. Vgl. Anna J. and Richard L. Merritt (eds), Public Opinion in Occupied Germany: The OMGUS Survey 1945-1949, Urbana 1970, S. 30-33,140-148.



Um so bemerkenswerter ist der Weg, der in diesen schicksalhaften Beziehungen seither zurückgelegt worden ist, auch wenn die Nachwirkungen des Holocaust diese Beziehungen nach wie vor bestimmen und noch viele Jahre überschatten werden.

#### Auf dem Weg zur „Wiedergutmachung“

Grundlegend für das langsame Überbrücken der tiefen Kluft war die Besinnung verantwortlicher deutscher Politiker auf die Notwendigkeit zur moralischen, politischen und materiellen Wiedergutmachung gegenüber den auserkorenen Opfern des deutschen Reichs während der 12jährigen Nazi-Herrschaft. Diese Grundbedingung wurde allerdings erst ziemlich spät erfüllt.

Die ersten kirchlichen Schuldbekennnisse des Evangelischen Kirchenrats in Stuttgart und der katholischen Bischöfe in Fulda hatten sich nicht mit dem singulären Judenmord befaßt; und von dem Bekenntnis des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß zur Kollektivscham im Gegensatz zur Kollektivschuld, die er wie alle anderen Deutschen verneinte, bis zur Erklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer im Bundestag am 27. September 1951 verstrichen fast zwei weitere Jahre. In der deutschen Bevölkerung, die zum großen Teil die Schuld an den Verbrechen an den Juden verdrängte und zum Teil die Aufrechnung mit den Leiden der Deutschen im Osten betrieb, war die Bereitschaft Adenauers zu Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen mit Israel und den jüdischen Organisationen nicht populär, obwohl sie ihn gewähren ließ. Ihre Prioritäten waren der Wiederaufbau, die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und die Rückkehr der Kriegsgefangenen. Auf deutlichen Widerstand stieß der Kanzler in den Reihen der Politiker seiner eigenen Koalitionsparteien.<sup>22</sup>

Adenauers Erklärungen waren längere inoffizielle Fühlungen mit jüdischen Gewährsleuten vorausgegangen. Diese waren zu der Überzeugung gekommen, daß kollektive Wiedergutmachung für die Naziverbrechen nur durch direkte Verhandlungen mit der schon halbsouveränen Bundesrepublik und nicht über die Alliierten zu erreichen sei. Trotz des „Kalten Krieges“, der den geschlagenen Feind schon seit 1950 in einen potentiellen Bundesgenossen der Amerikaner gegen die Sowjetunion verwandelte, wurde Adenauer in seinem Streben zur Verbesserung des Verhältnisses zu den Juden durch die Hoffnung bestärkt, daß solch ein Schritt die Rehabilitierung Westdeutschlands in den Augen der öffentlichen Meinung in den USA und anderen westlichen Demokratien beschleunigen würde. Aus demselben Grund war auch die amerikanische Regierung, obwohl sie sich nicht direkt in die deutsch-israelisch-jüdischen Verhandlungen einmischte, an deren Erfolg interessiert.

12 Adenauers Erklärung in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 165. Sitzung, 27. 9. 1951. S. 6697-6700. Michael Wolffsohn, Deutsch-Israelische Beziehungen: Umfragen und Interpretationen 1952-1983, München 1986, S. 34-37; Michael Wolffsohn, Ewige Schuld? 40 Jahre Deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen, München 1988, S. 23-29.

Auch sie unterschätzte nicht den nach dem Kriege steigenden Einfluß der jüdischen Gemeinschaft in der amerikanischen Öffentlichkeit.<sup>23</sup>

Eine andere wichtige Erkenntnis Adenauers war, daß das jüdische Problem für Nachkriegsdeutschland auf keinen Fall auf die kleinen Restgemeinden, die nach der Auswanderung der Displaced Persons in der Bundesrepublik verblieben, beschränkt sei und daß jede partielle Befriedung der Juden in aller Welt nur durch ein Abkommen mit Israel möglich sei. Die Vereinbarung mit den in der „Conference on Material Claims against Germany“ zusammengefaßten jüdischen Organisationen in der Diaspora wurde im September 1952 dem Luxemburger Abkommen mit Israel beigefügt. Dieses Abkommen - wenn auch auf jüdischer Seite nicht so interpretiert - leitete eine sukzessive Verbesserung des deutsch-israelischen Verhältnisses und zum Teil auch des deutsch-jüdischen Verhältnisses ein. Obwohl die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel erst 1965 aufgenommen wurden, hatten sich unterdessen die zwischenstaatlichen Beziehungen auf den Gebieten der Waffenhilfe, der wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit verdichtet. Trotz der noch offenen Wunden der Überlebenden, der Empörung vieler Juden in Israel und der Diaspora, trotz andauernder Opposition von rechts und links, setzten sich David Ben Gurion und Nachum Goldmann für diese Beziehungen ein. Wenn sie auch manchmal der restaurativen Bundesrepublik der fünfziger Jahre unberechtigten Vorschuß gewährten, war ihr weitsichtiges Unterscheiden zwischen dem Nazi-Reich und dem sich formierenden demokratischen und besseren Deutschland, dessen Regierungen sich zur historischen Verantwortung für die durch deutsche Hand verübten Verbrechen an den Juden bekannten, von großer Bedeutung.<sup>24</sup>

Leider hat sich die DDR als die andere faktische Erbin des NS-Reichs bis heute nicht zu dieser besonderen Verantwortung bekannt.

Die SPD mußte sich bis Ende 1966 mit der Rolle der Opposition begnügen, und erst nach weiteren drei Jahren der „Großen Koalition“ übernahm sie 1969 die Leitung der Regierungsgeschäfte, die sie bis 1982 innehatte. Hauptsächlich in den ersten Jahren der sozialliberalen Koalition gelang es ihr, wesentlich zur Liberalisierung und Demokratisierung der deutschen Gesellschaft beizutragen. Doch schon seit der frühen Nachkriegsperiode<sup>25</sup> hatten Sozialdemo-

23 Einen Einblick in Adenauers Motive gewähren Konrad Adenauer, Rhöndorfer Ausgabe: Teegespräche 1950-1954, Berlin 1984, 10. 3. 1953, S. 414-434. Über die verschiedenen Aspekte der Wiedergutmachung siehe den neuen Sammelband „Wiedergutmachung“. Die Bundesrepublik und die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, hrsg. von Ludolf Herbst und Constantin Goshler, München 1988.

24 Ben Gurions Verhältnis zu Nachkriegsdeutschland ist kurz zusammengefaßt in Moshe Pearlman, Ben Gurion Looks Back, London 1965, S. 162-170. Über Goldmann siehe Goldmann, Mein Leben als deutscher Jude, S. 371-425. Vgl. auch Raphael Patai, Nahum Goldmann: His Missions to the Gentiles, University/Alabama 1987, S. 169-201.

25 Siehe meinen Artikel über die SPD und die Wiedergutmachung, in Herbst und Goshler, „Wiedergutmachung“. Vgl. auch meinen Aufsatz über „Das Verhältnis Kurt Schumachers zu den Juden und zur Frage der Wiedergutmachung“, in: Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist. Materialien zur politischen Bildung, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1988, S. 168-187.

kraten und Gewerkschafter großen Anteil an der Verbesserung der Beziehungen zu den Juden.

### Die Rolle der SPD

Die von vornherein positive Einstellung der SPD zur Wiedergutmachung an rassisch und politisch Verfolgten entsprach ihrem historischen Selbstverständnis als konsequenter Gegner der nationalsozialistischen Herrschaft. Das sozialistische Ethos war durch den langen Kampf gegen die autoritäre, nationalistische, antisemitische und zum Schluß totalitäre Rechte geformt worden. Aber obwohl nur eine Minderheit der SPD-Mitglieder eine aktive Antinazi-Vergangenheit vorweisen konnte, hatte diese Tradition einen großen symbolischen Wert. Alle Vorsitzende der SPD von 1945 bis 1987 - Kurt Schumacher, Erich OHeinhauer und Willy Brandt - sowie viele führende Mitglieder der Partei und der Gewerkschaften waren Verfolgte des Naziregimes, die für die jüdischen Opfer und die Überlebenden des Holocaust Verständnis und Sympathie zeigten.

Deshalb verwundert es nicht, daß die ersten öffentlichen Erklärungen über die Bereitschaft zur Wiedergutmachung wie auch die Aufforderung zur Rückkehr deutscher Juden aus dem sozialdemokratischen Bereich kamen. Für eine Reihe führender sozialdemokratischer Politiker war die Verpflichtung zur Wiedergutmachung ein inneres Bedürfnis, vor allem auch im Hinblick auf die erstrebte neue deutsche Demokratie und nicht nur auf die Rehabilitierung des deutschen Volkes in den Augen der westlichen Welt ausgerichtet. In diesem Sinne bekämpften sie den Rechtsradikalismus und Neonazismus und traten später für die Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord ein beziehungsweise setzten sich für deren Abschaffung ein.

Anfang 1951 unterbreitete die SPD im Bundestag als erste Fraktion den Vorschlag, Israel als Rechtsnachfolger für das von den ermordeten Juden ohne Erben hinterlassene Vermögen anzuerkennen, und zwar anlässlich einer Interpellation wegen eines einheitlichen Bundesentschädigungsgesetzes.<sup>26</sup> Die Initiative war das Resultat eines Annäherungsprozesses an Israel - aufgrund der Erkenntnis, daß der Weg zur Versöhnung mit dem jüdischen Volk nach dem Holocaust durch den jüdischen Staat führe. Zwar hatten die Sozialdemokraten weder in der Weimarer Republik noch während der Verfolgung und des Exils viel Sympathie für den Zionismus - die jüdische nationale Bewegung -, so daß die anfängliche Reaktion auf den im Mai 1948 gegründeten Staat zurückhaltend war. Doch die Etablierung Israels als lebensfähige westliche Demokratie unter der Führung der sozialdemokratischen MAPAI sowie die Solidarität der meisten Juden in der Welt mit dem neuen Staat beeinflussten seit 1949 die SPD im positiven Sinn, obgleich ihre Bemühungen um Kontakte zuerst von der MAPAI nicht beantwortet wurden.

---

26 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode. 120. Sitzung, 22. 2.1951, S. 4589-4593.

Während der langwierigen Vorbereitungen der deutsch-israelisch-jüdischen Verhandlungen in Wassenaar und auch nach ihrem Beginn sprach sich die SPD wiederholt für die Beschleunigung des Abkommens mit Israel und den jüdischen Organisationen aus. Von der Bundesregierung verlangte sie das Verbot aller antisemitischen Vorkommnisse. Erklärungen im gleichen Sinne wurden vom Bundesvorstand des DGB veröffentlicht. Nach Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens durch Adenauer und den israelischen Außenminister Moshe Sharett wies Ollenhauer die Proteste einer Delegation der Arabischen Liga mit der Begründung zurück, daß trotz der an sich verständlichen Befürchtungen der arabischen Staaten die moralische Verpflichtung des deutschen Volkes, die Verbrechen des Dritten Reiches an den Juden wiedergutzumachen, ausschlaggebend sei. Im Gegensatz zum Verband der deutschen Industrie setzte sich der damalige DGB-Vorsitzende Walter Freitag für die sofortige Ratifikation des Israel-Abkommens ein. Am 18. März 1953 war die SPD die einzige Fraktion, die geschlossen für die Ratifizierung stimmte und durch ihre Stimmen die Realisierung des historischen Abkommens ermöglichte, da die Regierung in ihren eigenen Parteien keine ausreichende Unterstützung fand.

#### Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Zusammenarbeit

Die Stellungnahmen der SPD und der Gewerkschaften waren von grundlegender Bedeutung für die spätere Entwicklung von engen gegenseitigen Verbindungen mit der israelischen Arbeiterbewegung, die viel zur Vermenschlichung der Beziehungen zwischen Deutschen und den Juden Israels nach dem Holocaust beigetragen haben.

Schon während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gab es die ersten Besuche von führenden deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in Israel - wie zum Beispiel Erich Ollenhauer, Carlo Schmid, Ludwig Rosenberg, Willi Richter - und auch einigen Israelis in der Bundesrepublik; etwas später kamen Fritz Erler, Willy Brandt, Herbert Wehner, Otto Brenner und andere. Junge Gewerkschafter und Jungsozialisten spielten seit 1960 unter den frühen „Polit“-Touristen eine besondere Rolle. Ein Teil von ihnen begeisterte sich für die unmittelbare sozialistische Selbstverwirklichung im Kibbuz. Erfahrene Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer waren von Israel als progressiver Demokratie mit einer entwickelten Gemeinwirtschaft stark beeindruckt, fühlten sich als Deutsche und als Sozialisten verpflichtet, der Gemeinwirtschaft und auch anderen Sektoren der israelischen Wirtschaft großzügige Hilfe zukommen zu lassen. In diesem Zusammenhang muß die besondere Leistung von Walter Hesselbach genannt werden.

Dazu kam die Bewunderung für Israel als einem Beispiel für die Entwicklungsländer, wenn auch bestimmte Aspekte der israelischen Politik und der Beziehungen zur arabischen Minderheit manchmal Enttäuschung hervorriefen.

Diese Kontakte, die aus selbstverständlichen Gründen von israelischer Seite zuerst nur zögernd bejaht wurden, verdichteten sich hauptsächlich in den Jahren nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967. Die positive Reaktion großer Teile der deutschen Bevölkerung und die Solidarität der deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschafter half damals, viele psychologische Barrieren in Israel abzubauen. In gewissem Maße wirkten auf beiden Seiten auch gemeinsame sozialistische Traditionen mit. Neben der sich erweiternden gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem DGB und der Histadrut wurden auf parteipolitischer Ebene Partnerschaften institutionalisiert. Es entwickelten sich auch viele persönliche Freundschaften, die für die Qualität dieser Beziehungen damals und heute sehr wichtig sind. Auch die seit Anfang der siebziger Jahre zunehmenden politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Jerusalem und Bonn, wo die SPD bis 1982 an der Spitze der sozialliberalen Koalitionsregierung stand, haben diese konstruktive Zusammenarbeit nicht grundsätzlich gefährdet.<sup>27</sup>

### Das palästinensische Problem

Während der letzten Jahre scheinen sich aber auf diesem so wichtigen Gebiet der post-Holocaust Beziehungen zwischen fortschrittlichen und aufgeschlossenen Deutschen und Israelis mehr Schwierigkeiten zu ergeben - hauptsächlich bei der jüngeren Generation von deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Die Ursachen mögen die Enttäuschung über die Veränderung der israelischen Gesellschaft, die Krise des israelischen Sozialismus, das Erstarken des populistischen Nationalismus und des national-religiösen Messianismus und zum Teil auch die demographische Entwicklung sein. Wie so oft schlagen überschwengliche Erwartungen manchmal in Kritik um. Dazu kommen auch die sehr unterschiedlichen Denkweisen insbesondere jüngerer Deutscher und Israelis in bezug auf die für sie zentralen politischen und gesellschaftlichen Fragen.<sup>28</sup>

Noch mehr werden diese Beziehungen durch das palästinensische Problem beeinträchtigt. Das Streben der palästinensischen Araber nach Selbstbestimmung ist eine verständliche und legitime Forderung, doch leider hat die palästinensische nationale Bewegung sich bis heute noch nicht zur Koexistenz mit einem souveränen jüdischen Staat bekannt. Auch Israel hat ohne Zweifel Fehler gemacht, die sowohl im Inland als auch im Ausland auf Kritik gestoßen sind; und Israelis, die im Gegensatz zu ihren Nachbarn in einer freien und demokratischen Gesellschaft leben, sollten sachliche Kritik von wohlwollenden Deutschen vertragen können. Trotz der schweren moralischen Hypothek der Vergangenheit, von der sich auch die jüngere deutsche Generation

<sup>27</sup> Mit den zunehmenden politischen Meinungsverschiedenheiten befassen sich Amnon Neustadt, *Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik*, Frankfurt 1983, und Susan Hattis Rolef, *The Middle East Policy of the Federal Republic of Germany*, Jerusalem 1985. Siehe auch Yohanan Meroz, *In schwieriger Mission. Als Israels Botschafter in Bonn, Berlin/Frankfurt* 1986.

<sup>28</sup> Für die Denkweisen und Interessen der jüngeren israelischen Generation und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten im israelisch-deutschen Dialog siehe Amnon Neustadt, *Israels zweite Generation: Auschwitz als Vermächtnis*, Berlin/Bonn 1987.

nicht freimachen kann, wird der Dialog zwischen jungen Deutschen und Israelis auf beiden Seiten offener und kritischer.

Die israelisch-arabischen Auseinandersetzungen haben jedoch mit dem deutsch-jüdisch-israelischen Komplex keine direkte Verbindung. Die These von „den Opfern der Opfer“ hat keine historische und logische Legitimation und steht den Deutschen nicht gut an. Sie beinhaltet eine Bagatellisierung der moralischen und historischen Verantwortung des Judenmords. Als Resultat der Konfrontation mit den Juden Palästinas setzte vor und während des Holocaust der Großmufti von Jerusalem, der damalige Führer der palästinensischen Araber, gerade auf Hitlers Sieg, und eine Reihe arabischer Staaten erhoffte dasselbe wegen ihres Konflikts mit Großbritannien und Deutschlands Kampf gegen die Juden. Die oft erwähnte sogenannte traditionelle deutsch-arabische Freundschaft hat wenigstens in israelischen und jüdischen Augen eine „braune“ Färbung.

Überdies ist es auch verfehlt, wenn bestimmte Kreise manchmal von einer Alternative für das unbequeme Israel im Prozeß der deutsch-jüdischen Verständigung sprechen. Gerade das Verhältnis der größten jüdischen Gemeinschaft in der Diaspora, des amerikanischen Judentums, zu Nachkriegsdeutschland ist viel heikler und wäre ohne Israel bestimmt noch schwieriger.

#### Die gemeinsame Pflicht

Die deutsch-jüdisch-israelischen Beziehungen 50 Jahre nach der Pogromnacht und 43 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind noch weit davon entfernt, normal zu sein - ungeachtet oft wiederholter diplomatischer Beteuerungen, daß die Zeit für eine „Normalisierung“ längst gekommen sei. Trotz der schicksalhaften deutsch-jüdischen Verflechtung als Resultat des Holocausts wirkt er sich in der historischen Entwicklung beider Völker anders aus und hat bei beiden einen ganz anderen Stellenwert. Im Gegensatz zum an sich verständlichen deutschen Streben zur Historisierung des in die Ferne rückenden nationalsozialistischen Kapitels bleibt die jüdische Katastrophe ein viel schwerwiegenderer Faktor im jüdischen Selbstverständnis, in Israel wie in der Diaspora. Wie der sogenannte deutsche Historikerstreit unlängst gezeigt hat, besteht trotz des Bekenntnisses der Mehrheit der deutschen Historiker zur moralischen Verantwortung für den Völkermord die Gefahr der Negierung der Singularität des von Deutschen am jüdischen Volk begangenen Verbrechens - das größte in der Geschichte Europas - nicht nur durch Neonazis und Konsorten, sondern auch durch respektable, rechts-konservative Kräfte, die allerdings in der deutschen Geschichte schon häufig eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben.

Andererseits wird das Verhältnis zu Deutschen bei Juden und Israelis noch auf lange Sicht von Emotionen bestimmt. Die Anfälligkeit für erneute weitgehende antideutsche Verallgemeinerungen, etwa in Richtung Kollektivschuld, wird auch bei nachkommenden Generationen bestehen bleiben. Solchen uner-

wünschten Entwicklungen auf beiden Seiten vorzubeugen, das Vermächtnis der Opfer zu bewahren, die nationalen und universalen Lehren des Holocaust nie zu vergessen, jeden Rassismus zu bekämpfen und für eine bessere, humanere, freie und gleichberechtigte menschliche Gesellschaft zu wirken, bleibt die historische Pflicht der deutschen und israelischen Arbeiterbewegung.